

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Stadtrates
am 22.02.2006 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Ratsmitglieder an der Sitzung teil:

Gunia, Wolfgang,	1. stellv. Bürgermeister
Marquardt, Martin,	2. stellv. Bürgermeister
Anhalt, Wolfgang,	Ratsmitglied
Dr. Beck, Friedhelm,	Ratsmitglied
Bleser, Harald,	Ratsmitglied
Borowski, Helma,	Ratsmitglied
Capellmann, Peter,	Ratsmitglied
Cremerius, Winfried,	Ratsmitglied
Dohmen, Martina,	Ratsmitglied
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Eschweiler, Markus,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Fink, Ulrike,	Ratsmitglied
Frey, Heinz,	Ratsmitglied
Friedrich, Egbert,	Ratsmitglied
Garding, Harald,	Ratsmitglied
Gruben, Martina,	Ratsmitglied
Gussen, Erich,	Ratsmitglied
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied
Hoven, Matthias,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied
Köhne, Franz-Josef,	Ratsmitglied
Lambertin, Servatius,	Ratsmitglied
Laufs, Jürgen,	Ratsmitglied
Lohn, Helmut,	Ratsmitglied
Lorscheid-Kratz, Kathleen,	Ratsmitglied
Meyer, Hans,	Ratsmitglied
Müller, Heinz,	Ratsmitglied
Neuenhoff, Claus Hinrich,	Ratsmitglied
Pelzer, Klaus,	Ratsmitglied
Peterhoff, Arnold,	Ratsmitglied
Plum, Wilhelm,	Ratsmitglied
Sauer, Elfriede,	Ratsmitglied
Sauer, Karl,	Ratsmitglied
Schaaf, Heinz,	Ratsmitglied
Schayen, Jan,	Ratsmitglied
Schmitz, Lambert,	Ratsmitglied
Schmitz, Peter,	Ratsmitglied
Dr. Schumacher, Helmut,	Ratsmitglied Abwesend
Stauch, Ingrid,	Ratsmitglied
Trzolek, Detlef,	Ratsmitglied
Wagner, Almut,	Ratsmitglied
Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:	
Schulz, Martin	Beigeordneter

Prömpers, Andreas
Kuhn, Günter
Muckel, Frank

Kämmerer
Amtsleiter Ordnungsamt, zu TOP 10
Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 18:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Stadtrat beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, den nichtöffentlichen Beratungspunkt

3. Änderung des Stellenplanes
(Antrag der CDU- und FDP-Stadtratsfraktionen vom 27.01.2006)

von der Tagesordnung abzusetzen. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Stadtverordneter Frey beantragt, den Antrag der CDU und der FDP bezüglich der Stelle des Archivleiters auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu nehmen, damit nicht unnötig Verwaltungskapazität gebunden wird.

Bürgermeister Stommel führt aus, dass der Rat die Angelegenheit dann an sich ziehen müsse und lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen

Der Antrag des Stadtverordneten Frey ist somit abgelehnt.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung der Absetzung wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 1. Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Jahr 2006 einschließlich der Anlagen
 2. Einwohneranfragen
 3. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 3.1. Grundbesitzabgaben
 - 3.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 4. Anfragen
 5. Wahl von stellvertretenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern
(Antrag Nr. 6/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.02.2006)
 6. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Aufsichtsrat der Stadtentwicklung Jülich Verwaltungsgesellschaft mbH (SEG)
(Antrag Nr. 5/2006 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2006)
 7. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für die Schulverbandsversammlung der Schirmerschule
(Antrag Nr. 8/2006 der FDP-Stadtratsfraktion vom 09.02.2006)
 8. Neuwahl des Umweltbeirates am 18.01.2006
hier: Bestätigung des Wahlergebnisses
 9. 1. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Jülich

10. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Brandschau nach § 6 FSHG
hier: Verlagerung zur Durchführung der Aufgaben der Brandschau von der Stadt Linnich zur Gemeinde Inden
11.
 1. Reduzierung der Ratssitze
 2. Abschaffung der Ortsvorsteher in der Innenstadt
 3. Zusammenlegung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport mit dem Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales
 4. Reduzierung der Zuwendung für die Fraktionsgeschäftsführung
 5. Wegfall der zur Zeit nicht besetzten A 16 Stelle im Stellenplan
(Anträge Nr. 7/2006 und 9/2006 der JÜL Stadtratsfraktion vom 09.02.2006 bzw. 10.02.2006)
12. Bauleitplanung
 - 12.1. Bebauungsplan Nr. 15 „Patterner Weg“, Aufhebung des Bebauungsplanes Satzungsbeschluss
 - 12.2. Bebauungsplan Nr. 70.1 „Möhnewinkel/Lich-Steinstraß“, 16. vereinfachte Änderung Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
 - 12.3.
 1. Abrundungssatzung gemäß § 34 (4) Nr. 1 i.V.m. § 34 (4) Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 für den Ortsteil Barmen im vereinfachten Verfahren
 - a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 34 Abs. 6 BauGB
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 34 Abs. 6 BauGB
13. Jahresrechnung 2005
hier: Übertragung von Haushaltsausgaberesten
14. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
 - 14.1. Mittelbereitstellung von 10.000 Euro aus der Haushaltsstelle 2.4600.93500 im Vorgriff auf den Haushalt 2006 für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten ohne Bestandsschutz
 - 14.2. KMF Sanierung Schulzentrum , Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2006
 - 14.3. Mittelbereitstellung für die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Nord
 - 14.4. Mittelbereitstellung für die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule West
 - 14.5. Bereitstellung von Mitteln für die Umgestaltung des Eingangsbereiches im Alten Rathaus
 - 14.6. Statische Untersuchung von städtischen Gebäuden
15. Unterbringung der Musikschule in dem neuen Gebäude der Schirmerschule
16. Räume an der Gemeinschaftsgrundschule Ost für die offene Ganztagschule
17. Aufhebung des Einstellungsstoppbeschlusses
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
18. Einwohneranfragen
- B. Nichtöffentlicher Teil
 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 2. Anfragen
 3. Änderung des Stellenplanes
(Antrag der CDU- und FDP-Stadtratsfraktionen vom 27.01.2006)
- abgesetzt -

4. Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten des Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 18 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes (KorruptionsbG)
Bezug: Bericht zur Ratssitzung am 04.05.2005
5. Jahresabschluss der Stadtentwicklung Jülich Verwaltungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2004
6. Jahresabschluss 2004 der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich mbH & Co. KG
7. Wirtschaftsplan 2006 der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich mbH & Co. KG
8. Wirtschaftsplan 2006 der Stadtentwicklung Jülich Verwaltungsgesellschaft mbH
9. Verkauf einer Teilfläche aus dem städtischen Grundstück Gemarkung Jülich, Flur 32 Nr. 29 an Frau Beate Penners, Jülich
10. Verschiedenes

A. Öffentlicher Teil

1. Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Jahr 2006 einschließlich der Anlagen
(Vorlagen-Nr.: 89/2006)

Zur Einbringung des Haushalts hält Bürgermeister Stommel seine Haushaltsrede zum vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung. Der Text der Haushaltsrede ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2006 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes und der vorgeschriebenen Anlagen wird zur Vorbereitung der Entscheidung des Rates an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

2. Einwohneranfragen

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Einwohneranfragen nicht vorliegen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

- 3.1. Grundbesitzabgaben
(Vorlagen-Nr.: 107/2006)

Die Grundbesitzabgabenbescheide wurden am Montag dem Brief- und Paketdienst übergeben und werden zur Zeit zugestellt. Die Zustellung soll diese Woche abgeschlossen sein.

- 3.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bürgermeister Stommel verweist auf die den Ratsmitgliedern vorliegende Aufstellung der sich noch in der Durchführung befindlichen Beschlüsse. Anmerkungen zu der Aufstellung werden nicht vorgebracht.

4. Anfragen

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des

Stadtrates nicht vorliegen.

5. Wahl von stellvertretenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern
(Antrag Nr. 6/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.02.2006)
(Vorlagen-Nr.: 87/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Auf Grund des Antrags der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.02.2006 beschließt der Stadtrat wie folgt:

1. Frau Irene Hill, Ulmenweg 7, Jülich, Frau Katy Wedekind-Boner, Stegerstraße 14, Jülich und Herr Christian Otto, Matthiasplatz 1, Jülich, werden als sachkundige Bürger zu stellvertretenden Mitgliedern des Planungs, Umwelt- und Bauausschusses gewählt.
2. Herr Hans-Willi Fitting, Josef-Wimmer-Straße 79, Jülich, wird als sachkundiger Bürger zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport gewählt.
3. Herr Hans Günter Hafke, Franziskustrasse 23, Jülich, wird als sachkundiger Bürger zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Kultur, Integration und Soziales gewählt.

6. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Aufsichtsrat der Stadtentwicklung Jülich
Verwaltungsgesellschaft mbH (SEG)
(Antrag Nr. 5/2006 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2006)
(Vorlagen-Nr.: 85/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Auf Grund des Antrags der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2006 beschließt der Stadtrat wie folgt:

Für die mit ihrem Einverständnis aus dem Aufsichtsrat der Stadtentwicklung Jülich Verwaltungsgesellschaft mbH (SEG) als stellvertretendes Mitglied ausscheidende Frau Almut Wagner wird Herr Jürgen Laufs, Christinastraße 3, Jülich, neues stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates.

7. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für die Schulverbandsversammlung der Schirmerschule
(Antrag Nr. 8/2006 der FDP-Stadtratsfraktion vom 09.02.2006)
(Vorlagen-Nr.: 88/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Mit Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 09.02.2006 wird neben Herrn Claus Hinrich Neuenhoff als ordentliches Mitglied Herr Winfried Cremerius als stellvertretendes Mitglied benannt..

8. Neuwahl des Umweltbeirates am 18.01.2006
hier: Bestätigung des Wahlergebnisses
(Vorlagen-Nr.: 66/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

- a. Das Ergebnis der Wahl zum Umweltbeirat (siehe Anlage) vom 18.01.2006 wird bestätigt.
- b. Es werden folgende Vertreter des Stadtrates als Mitglied bzw. Stellvertreter/in in den Umweltbeirat entsandt:

Mitglied	Stellvertreter/in
1. StV Lambert Schmitz	1. SB Christian Klems
2. SB Irene Hill	2. SB Hans-Peter Schmitz
3. SB Georg Schmitz	3. StV Willi Plum
4. SB Peter Helmer	4. (wird später benannt)
5. SB Lothar Wagner	5. StV Almut Wagner

9. 1. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Jülich
(Vorlagen-Nr.: 516/2005)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Jülich wird wie folgt zum 01.03. 2006 geändert:

„Folgt Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Jülich gemäß Anlage!“

10. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Brandschau nach § 6 FSHG
hier: Verlagerung zur Durchführung der Aufgaben der Brandschau von der Stadt Linnich zur Gemeinde Inden
(Vorlagen-Nr.: 78/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

§ 6 der Vereinbarung ist wie folgt abzuändern:

„Diese Vereinbarung wird gemäss § 24 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit nach der Genehmigung durch den **Landrat des Kreises Düren** als Aufsichtsbehörde am Tage nach der Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde wirksam.“ In der Ursprungsvereinbarung vom 13.08.1999 lautete es „**Oberkreisdirektor des Kreises Düren**“.

Zudem wird gebeten, folgende Mitteilung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Von der Gemeinde Inden wird mitgeteilt, dass nunmehr alle beteiligten Kommunen eine Versetzung des Brandinspektors Georg Flatten von der Stadt Linnich zur Gemeinde Inden zugestimmt haben. Es verbleibt jedoch bei dem Ende der Laufzeit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung 31.12.2009 entgegen dem in der Ratssitzung am 16.11.2005 beschlossenen Laufzeitende 31.12.2010.

11. 1. Reduzierung der Ratssitze
2. Abschaffung der Ortsvorsteher in der Innenstadt
3. Zusammenlegung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport mit dem Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales
4. Reduzierung der Zuwendung für die Fraktionsgeschäftsführung
5. Wegfall der zur Zeit nicht besetzten A 16 Stelle im Stellenplan
(Anträge Nr. 7/2006 und 9/2006 der JÜL Stadtratsfraktion vom 09.02.2006 bzw. 10.02.2006)
(Vorlagen-Nr.: 86/2006)

Der Antrag der JÜL-Stadtratsfraktion lautet wie folgt:

„Vor dem Hintergrund der bekannten Haushaltsprobleme der Stadt Jülich gilt es alle erdenklichen Sparpotentiale auszuschöpfen. Deswegen beantragen wir

1. die Reduzierung der Ratssitze auf die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl.
Dazu wird die Verwaltung beauftragt, einen Beschlussvorschlag zur Neubildung der Wahlbezirke zu erarbeiten und dem Rat frühzeitig vor der nächsten Wahlperiode vorzulegen. Eine Umsetzung soll mit der nächsten Neuwahl des Rates erfolgen.
2. die Abschaffung der drei Stellen der Wahl- bzw. Ehrenbeamten als Ortsvorsteher in der Kernstadt zum frühest möglichen Zeitpunkt.
Die mit dem Amt verbundenen Aufgaben können einem stellvertretenden Bürgermeister übertragen werden.
3. die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse JuFaSS und KIS zu einem Gesamtausschuss für das Dezernat III, also zum alten KUSSS, zum frühest möglichen Zeitpunkt
4. die Reduzierung der Aufwandsentschädigung für die Fraktionsarbeit auf das gesetzlich vorgeschlagene Mindestmaß, wobei in die Überlegungen die Pauschalierung und die weitere Reduzierung der anzuerkennenden Sitzungen mit einbezogen werden sollen.
5. Der Rat beschließt die Abschaffung der zur Zeit nicht besetzten A 16 Stelle. Der Stellenplan wird entsprechend geändert.“

Stadtverordneter Capellmann führt aus, dass seitens der CDU-Stadtratsfraktion noch Beratungsbedarf bestehe und schlägt vor, über die Anträge in der heutigen Sitzung nicht abzustimmen.

Im Stadtrat herrscht Einvernehmen darüber, eine Beschlussfassung über die Anträge zunächst zurückzustellen.

12. Bauleitplanung

12.1. Bebauungsplan Nr. 15 „Patterner Weg“, Aufhebung des Bebauungsplanes
Satzungsbeschluss
(Vorlagen-Nr.: 10/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung

Die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Patterner Weg“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

12.2. Bebauungsplan Nr. 70.1 „Möhnewinkel/Lich-Steinstraß“, 16. vereinfachte Änderung
Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 17/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Aufgrund des § 10 BauGB wird die 16. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70.1 „Möhnewinkel/Lich-Steinstraß“ als Satzung beschlossen.

12.3. 1. Abrundungssatzung gemäß § 34 (4) Nr. 1 i.V.m. § 34 (4) Nr. 3 Baugesetzbuch
(BauGB) vom 23.09.2004 für den Ortsteil Barmen im vereinfachten Verfahren
a) Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 34 Abs. 6
BauGB
b) Satzungsbeschluss gemäß § 34 Abs. 6 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 11/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu a):

Zu den Anregungen von Günter und Ingrid Handels:

Zu 1.: Durch die geplante Baumaßnahme des Nachbargrundstückes fallen für die benachbarten Anlieger keine Kosten an. Kosten und Gebühren für Eintragungen von Baulasten etc. sowie Einfriedungen sind nachbarrechtlich zu klären.

Zu 2.: Das anfallende Niederschlagswasser wird der öffentliche Kanalisation zugeführt.

Zu 3.: In der Satzung ist festgesetzt, dass Geländeänderungen entlang der Grundstücksgrenze nicht zulässig sind. Ausnahmen sind bei gegenseitigem Einverständnis möglich.

Zu 4.: Die Anzahl der PKW-Stellplätze wird im Baugenehmigungsverfahren geklärt.

Zu 5.: Der § 34 Abs. 4 Nr. 3 besagt, dass die Gemeinde durch Satzung einzelne Außenbereichsflächen in die im Zusammenhang bebauten Ortsteile einbeziehen kann, wenn die einbezogenen Flächen durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereiches entsprechend geprägt sind.

Der vorgesehene Bereich bildet eine Arrondierung der Straße „Sandgracht“ zur freien Landschaft hin. Die in § 2 der Satzung aufgeführten Festsetzungen spiegeln zum einen die umgebende Bebauung wieder, so dass das Bauvorhaben durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereiches entsprechend geprägt ist, zum anderen wird durch die Anpflanzungsfestsetzung der Natur gemäß § 1 BauGB Rechnung getragen.

Zu den Anregungen der gräflichen hoensbroech´chen Verwaltung:

Zu 1.: Die Empfehlung der Forstbehörde, einen Mindestabstand zum Wald einzuhalten, ist nicht bindend. Der Waldbesitzer ist nicht von seiner Kontroll- und Sicherungspflicht enthoben, wenn die Bäume entlang des öffentlichen Verkehrsraumes stehen.

Zu 2.: Der Straßenausbau wird nur auf der dafür vorgesehenen städtischen Parzelle durchgeführt.

Zu 3.: Da der „Wendehammer“ nicht auf städtischem Grundstück liegt, wird dieser Bereich durch die Baumaßnahme nicht berührt.

Zu den Anregungen des Heinrich Spelthahn:

Der § 34 Abs. 4 Nr. 3 besagt, dass die Gemeinde durch Satzung einzelne Außenbereichsflächen in die im Zusammenhang bebauten Ortsteile einbeziehen kann, wenn die einbezogenen Flächen durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereiches entsprechend geprägt sind.

Der vorgesehene Bereich bildet eine Arrondierung der Straße „Sandgracht“ zur freien Landschaft hin. Die in § 2 der Satzung aufgeführten Festsetzungen spiegeln zum einen die umgebende Bebauung wieder, so dass das Bauvorhaben durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereiches entsprechend geprägt ist, zum anderen wird durch die Anpflanzungsfestsetzung der Natur gemäß § 1 BauGB Rechnung getragen.

Eine Ausdehnung des Satzungsbereiches auf die angesprochenen Grundstücke – auch die Parzelle Nr. 8 des Einwenders – bis zur westlichen Abbaukante der ehemaligen Kiesgrube entspricht nicht dem Sinn des § 34 Abs. 4 Nr. BauGB, da bei einer solchen Ausdehnung die „Prägung“ der Bebauung durch die vorhandene Bebauung nicht mehr gegeben ist.

Des weiteren sind die vom Einwender aufgeführten Grundstücke in einer Gesamtgröße von ca. 15.000 qm durch den Kreis Düren in den Landschaftsplan Ruraue aufgenommen worden mit dem Entwicklungsziel der Erhaltung einer mit natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft und als Landschaftsschutzgebiet. Es bedarf einer besonderen städtebaulichen Entwicklung, um eine solch große Fläche aus dem Landschaftsplan zu nehmen. Dies ist hier nicht der Fall.

Zu b)

Der Rat der Stadt Jülich beschließt die 1. Abrundungssatzung für den Ortsteil Barmen gemäß § 34 (4) Nr. 1 i.V.m. § 34 (4) Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 wie folgt:

„Folgt Satzung im Wortlaut gemäß Anlage!“

13. Jahresrechnung 2005
hier: Übertragung von Haushaltsausgaberesten
(Vorlagen-Nr.: 51/2006)

Gemäß den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss am 09.02.2006 wird bei der Haushaltsstelle 1.130.50030 für die Dachsanierung des Feuerwehrgerätehauses in Mersch ein Haushaltsrest in Höhe von 35.000,00 € gebildet und nach 2006 übertragen. Hier ist die Statikprüfung erfolgt und die Ausschreibung kann in Kürze erfolgen.

Damit erhöhen sich die Reste im Verwaltungshaushalt auf 1.136.010,16 €, im Vermögenshaushalt bleibt es bei der im Beschlussentwurf genannten Summe von 4.076.112,00 €.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Rat der Stadt Jülich beschließt die in den Anlagen aufgeführten Mittel in Höhe von 1.136.010,16 € im Verwaltungshaushalt und 4.076.112,00 € im Vermögenshaushalt als Haushaltsausgabereste in das Jahr 2006 zu übertragen.

14. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln

14.1. Mittelbereitstellung von 10.000 Euro aus der Haushaltsstelle 2.4600.93500 im Vorgriff auf den Haushalt 2006 für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten ohne Bestandsschutz (Vorlagen-Nr.: 36/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, Haushaltsmittel aus dem Vermögenshaushalt in Höhe von 10.000 Euro aus der Haushaltsstelle 2.4600.93500 im Vorgriff auf den Haushalt 2006 für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten ohne Bestandsschutz bzw. Umgestaltung der betroffenen Spielgeräte bereitzustellen.

14.2. KMF Sanierung Schulzentrum , Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2006 (Vorlagen-Nr.: 67/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei der Haushaltsstelle 2.2150.94005 werden für die KMF (künstliche Mineralfaser) – Sanierung in der Sporthalle, Schulzentrum, Linnicher Str., Mittel in Höhe von 300.000,00 € im Vorgriff auf den Haushalt 2006 bereitgestellt.

14.3. Mittelbereitstellung für die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Nord (Vorlagen-Nr.: 69/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Dem Stadtrat wird empfohlen, für die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Nord um Räume für die offene Ganztagschule im Vorgriff auf den Haushalt 2006 Mittel in Höhe von 700.000,-€ bereitzustellen.

14.4. Mittelbereitstellung für die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule West (Vorlagen-Nr.: 70/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Dem Stadtrat wird empfohlen, für die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule West um Räume für die offene Ganztagschule, einen Klassenraum und eine neue Toilettenanlage im Vorgriff auf den Haushalt 2006 Mittel in Höhe von 974.000,- € bereitzustellen.

14.5. Bereitstellung von Mitteln für die Umgestaltung des Eingangsbereiches im Alten Rathaus (Vorlagen-Nr.: 1/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die am 27.12.2005 von Bürgermeister Stommel und Stadtverordneten Capellmann gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 der GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird wie folgt genehmigt:

Für die Umgestaltung des Eingangsbereiches im Alten Rathaus zur Unterbringung der JOB-COM ist im Haushalt 2005 ein Betrag in Höhe von zusätzlich 20.000,00 € außerplanmäßig bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt aus der HHSt. 2.7000.95033 Kanalverbindung Güsten-Pattern-Jülich.

14.6. Statische Untersuchung von städtischen Gebäuden
(Vorlagen-Nr.: 47/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Im Vorgriff auf den Haushalt 2006 werden für statische Untersuchungen an verschiedenen Gebäuden der Stadt Jülich Mittel in Höhe von 25.000,00 € im Verwaltungshaushalt bereitgestellt.

15. Unterbringung der Musikschule in dem neuen Gebäude der Schirmerschule
(Vorlagen-Nr.: 4/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Musikschule mit in dem neuen vom Zweckverband zu errichtenden Gebäude der Schirmerschule untergebracht werden kann.

16. Räume an der Gemeinschaftsgrundschule Ost für die offene Ganztagschule
(Vorlagen-Nr.: 30/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

1. An der Gemeinschaftsgrundschule Ost wird für die offene Ganztagschule zunächst ein weiterer Pavillon aufgestellt.
2. Im Vorgriff auf den Haushalt werden Mittel in Höhe von 7.200,00 € bereitgestellt.

17. Aufhebung des Einstellungsstoppbeschlusses
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 71/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Die am 25.01.2006 von Bürgermeister Stommel und Stadtverordneten Capellmann gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 der GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird wie folgt genehmigt:

Der Einstellungsstoppbeschluss vom 13.06.1996 wird für die externe Besetzung von einer Stelle im Amt für Kinder, Jugend und Sozialplanung aufgehoben. Die Stelle ist nach Entgeltgruppe 10 TVöD bewertet und wird befristet für die Zeit vom 01.01.2006 bis 31.12.2006 eingerichtet.

18. Einwohneranfragen

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Einwohneranfragen nicht vorliegen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Mit einem Wort des Dankes schließt Bürgermeister Stommel gegen 19:30 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Stadtverordneter

Schriftführer